

Mit harten Bandagen

Trotz diplomatischer Formeln: Berlin und Washington bereiten sich auf einen imperialistischen Schlagabtausch vor

Jörg Kronauer

Der Kampf kann beginnen. Den Rahmen haben die deutsche Kanzlerin und der US-Präsident in ihrem Telefonat am Samstag abgesteckt. Angela Merkel und Donald Trump hätten bekräftigt, »wie wichtig eine enge deutsch-amerikanische Zusammenarbeit für Sicherheit und Wohlstand ihrer Länder sei«, teilte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung nach ihrem Gespräch mit. Beide hätten ihre »Absicht« bestätigt, »die ohnehin schon ausgezeichneten bilateralen Beziehungen in den nächsten Jahren noch zu vertiefen«. Ausgezeichnete Beziehungen? Vertiefen? Nach Trumps schroffen Äußerungen über Deutschland und die Kanzlerin und nach den empörten Reaktionen darauf aus der Bundesrepublik klang die diplomatische Formel eigenartig harmonisch. Doch der Schein trog. Während Merkel und Trump konstatierten, man benötige einander noch in den kommenden Jahren, bereiten sich beide Seiten auf eine Konfrontation vor. Die baldige Reise der Kanzlerin nach Washington sowie der für Juli angekündigte Besuch des US-Präsidenten in Berlin dürften die Hauptrunden in einem mit harten Bandagen geführten Machtkampf werden.

Worum es dabei zwischen Washington und Berlin geht, das zeigt unter anderem ein kurzer Blick auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den zwei Mächten auf den beiden Seiten des Atlantiks. Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor der größte Abnehmer deutscher Exporte, und in den vergangenen Jahren sind sie zudem der am stärksten boomende Absatzmarkt hiesiger Unternehmen gewesen. In Zeiten von Euro-Krise, Brexit, Russland-Sanktionen und stagnierenden Ausfuhren nach China haben sie für die exportfixierte deutsche Industrie und deren Profite eine beinahe existentielle Bedeutung erlangt. Entsprechend schwer wiegt Trumps Drohung, massive Importzölle einzuführen. Am Wochenende haben prominente deutsche Ökonomen in der *Frankfurter Allgemeinen* lautstark Alarm geschlagen. Von den Ausfuhren in die USA seien »alles in allem 1,6 Millionen Arbeitsplätze in Gefahr«, erklärte der Präsident des Ifo-Instituts, Clemens Fuest; als »führende Exportnation« sei die Bundesrepublik besonders stark von den drohenden Handelsbeschränkungen betroffen. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, sieht Deutschland bereits kurz vor einem »Handels- und Wirtschaftskrieg mit Amerika: Das muss man so hart feststellen.«

Ebenfalls am Wochenende hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, erstmals öffentlich mit Gegenmaßnahmen gegen eventuelle US-Importzölle gedroht. »Natürlich könnte theoretisch auch Europa höhere Zölle erheben«, erklärte Kauder dem *Tagesspiegel am Sonntag*, um sogleich hinzuzufügen, das sei jedoch eigentlich »der falsche Weg«. In der Tat: Deutschland exportiert fast doppelt soviel in die USA, wie es von dort einführt, weshalb es im Falle eines Handelskrieges weitaus mehr zu verlieren hätte als die Vereinigten Staaten. Kauder kündigte deshalb an, umgehend einen schon seit geraumer Zeit diskutierten Plan in Angriff zu nehmen. Bereits Mitte November hatte der Außenpolitikexperte Thorsten Benner, Direktor des transatlantisch orientierten Thinktanks »Global Public Policy Institute« in Berlin, mit Blick auf die diversen Differenzen zwischen Trump und der freihandelsorientierten Mehrheit unter den Republikanern im US-Kongress geraten, man solle die Beziehungen zu letzteren »vertiefen«, da sie Trump mit ihren parlamentarischen Rechten vielleicht im Zaum halten könnten. Gegenüber dem *Tagesspiegel* (Ausgabe vom 24.1.) hatte Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, angekündigt, Anfang Februar nach Washington zu reisen und dort »erste Kontakte zu knüpfen«. Nun fügte Kauder in derselben Zeitung vom 29.1. hinzu, auch er werde noch im Februar die US-Hauptstadt besuchen, um dort die Parlamentskontakte zu intensivieren: »Der US-Präsident kann auch nicht alles alleine«, erklärte der CDU/CSU-Fraktionschef, »es gibt in Washington auch noch ein Parlament«.

Nicht nur ökonomisch, auch politisch ist die Bundesrepublik – noch – auf die Vereinigten Staaten angewiesen. Der Libyen-Krieg hat gezeigt, dass selbst die entsprechend erfahrenen Streitkräfte Frankreichs und Großbritanniens im Ernstfall auf US-Unterstützung angewiesen sind; und Großbritannien ist ja ohnehin bereits auf dem Absprung aus der EU. Auch die militärische Drohpolitik gegenüber Russland, die die NATO zur Zeit betreibt, könnten die EU oder gar die Bundesrepublik alleine nicht stemmen. Eine »vertrauensvolle transatlantische Zusammenarbeit« stehe ganz »oben auf unserer Agenda«, schrieb denn auch Frank-Walter Steinmeier in *Bild am Sonntag* vom 22.1., wenige Tage, bevor er aus dem Amt des Außenministers schied. Gleichzeitig dringt Berlin allerdings stärker denn je darauf, die militärische Abhängigkeit von

Washington endlich loszuwerden. »Vielleicht begreifen 2017 nun endlich alle [EU-]Staaten, dass wir zusammenstehen müssen«, donnerte Kauder am Wochenende: »Überall – in der Verteidigungs-, in der Flüchtlings-, in der Wirtschaftspolitik«. Die gemeinsame EU-Militärpolitik wird schon seit dem vergangenen Sommer auf deutschen Druck forciert. Auf »America first!« müsse man mit »Europe first!« antworten, wurde Manfred Weber (CSU), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europaparlament, in der *Rheinischen Post* vom 21.1. zitiert. Steinmeier hatte über das Ziel des neuen Berliner Dringens auf enge Geschlossenheit innerhalb der EU geäußert, eine »neu zu festigende Partnerschaft« mit den Vereinigten Staaten müsse »auf Augenhöhe zwischen Europa und den USA« geschlossen werden.

Dabei ist Trumps rassistische, sexistische und chauvinistische Politik, die mit ihren Mauerphantasien und ihrer Pauschaldiskriminierung von Muslimen sogar noch die brachiale EU-Flüchtlingsabwehr in den Schatten stellt, für Berlin taktisch durchaus günstig: Sie ermöglicht es Kanzlerin Merkel, sich zur »Gegenkraft gegen Donald Trump« (Theo Sommer, früherer Chefredakteur und Herausgeber der *Zeit*), zur »Retterin der freien Welt« (verbreitete *Die Zeit* schon im November 2016) oder gar zur »Führerin des freien Westens« (*Die Welt*) stilisieren zu lassen – und am Ende sogar alle hinter sich zu scharen, die auf Distanz zu Trumps Vereinigten Staaten gehen. Auf ökonomischer Ebene finden bereits erste Sondierungen statt (siehe Text unten). Auf politischer Ebene wird man sehen müssen, wie zum Beispiel – Stichwort: Mauerbau – ein vom US-Präsidenten erniedrigtes Lateinamerika reagiert. Bei der Bundestag und -regierung beratenden Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) ist jedenfalls schon zu hören, Mexiko etwa werde »sich neu orientieren« müssen – zum Beispiel »Richtung Europa«.

Die Frage nach einer deutschen atomaren Bewaffnung machte kürzlich im internationalen Außenpolitik-Establishment die Runde. Der Anlass: Donald Trump hatte die US-Verteidigungsgarantien für nicht hinlänglich aufrüstungswillige NATO-Mitgliedsstaaten in Frage gestellt. War damit auch Washingtons sogenannte nukleare Abschreckung gemeint? Man tappe im dunkeln, schrieb bereits kurz vor der Wahl *Der Spiegel* (Nr. 45/2016) und erklärte, im Falle eines Falles sei »selbst eine Debatte über eigene deutsche Atomwaffen« nicht ausgeschlossen. Deutsche Atomwaffen? Mitte November räsonierte der Direktor des Thinktanks »Global Public Policy Institute« aus Berlin, Thorsten Benner, in der führenden US-Außenpolitik-Zeitschrift *Foreign Affairs*, Deutschland werde es gegebenenfalls »in Betracht ziehen müssen, einen europäischen Nuklearschild zu entwickeln, der auf französischen und britischen Fähigkeiten basiert«. Am 11. November teilte der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter dem *Deutschlandfunk* mit, er werbe bereits seit geraumer Zeit für eine nukleare »Abschreckung« unter Kontrolle der EU; nach Trumps Wahlsieg hoffe er nun auf größeres Verständnis dafür.

Doch sind solche Erwägungen überhaupt realistisch? Ende November verkündete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Zweifel: In der Tat stelle sich für »Europa« mit Blick auf Trump »die Frage einer eigenen nuklearen Abschreckungsfähigkeit«; dafür aber seien »die französischen und britischen Arsenale ... zu schwach«. Soll nun also Deutschland einspringen? Ulrich Kühn vom US-amerikanischen Thinktank »Carnegie Endowment for International Peace« analysierte im Dezember die Debatte und kam zu dem Schluss, noch fordere nur eine kleine Minderheit die nukleare Bewaffnung der EU oder gar der Bundesrepublik; doch seien Personen wie Kiesewetter oder Medien wie die *FAZ* beileibe keine Randerscheinungen. Es handle sich um »bedeutende Frühwarnzeichen« in einer sich ohnehin im Umbruch befindenden europäischen Außen- und Militärpolitik.

<http://www.jungewelt.de/2017/02-01/086.php>